

In Kiew führten Sonderdienste eine Durchsuchung des Hierarchen der Ukrainischen Orthodoxen Kirche durch, der sich für den Schutz der Rechte der Gläubigen einsetzt



Der Kommunikationsdienst der Abteilung für kirchliche Außenbeziehungen, 27.02.2024. Am 22. Februar 2024 durchsuchten Vertreter des Sicherheitsdienstes der Ukraine die Residenz des Metropoliten Theodosius von Tscherkassy und Kaniw in Kiew und störten damit die geplante festliche Liturgie am Gedenktag des heiligen Beichtvaters Patriarch Tichon.

Bei der Durchsuchung fanden Vertreter der Sonderdienste nichts Illegales, Bischof Theodosius wurde jedoch darüber informiert, dass er unter anderem verdächtigt wurde, angeblich illegal öffentlich ein Kloster in Tscherkassy verteidigt zu haben, das am 20. November 2023 von Räubern **beschlagnahmt** worden war .

Infolge des gewaltsamen Vorgehens der SBU und der Störung der Göttlichen Liturgie stellten die Rettungsdienste fest, dass Metropolit Theodosius eine schwere Bluthochdruckkrise und einen Zustand vor einem Schlaganfall hatte, **berichtet** der Pressedienst der Diözese Tscherkassy der Ukrainischen Orthodoxen Kirche . Die Frage der Krankenhauseinweisung wurde aufgeworfen.

Gleichzeitig gibt der Pressedienst der Diözese an, dass die Durchsuchung einen Tag nach einem langen Online-Treffen zwischen dem Metropoliten von Tscherkassy und Kaniv Theodosius und der Direktorin des britischen Parlamentarischen Ausschusses für internationale Religionsfreiheit, Julia Jones, im Februar stattfand 21. Diesem Ausschuss gehören mehr als 170 Parlamentarier an. Während des Gesprächs informierte der Bischof seinen Gesprächspartner über den Gesetzentwurf zum Verbot der Ukrainischen Orthodoxen Kirche, der von der Werchowyna Rada der Ukraine zur Verabschiedung vorbereitet wurde, über die Tatsachen der Beschlagnahmung von Kirchen, Strafverfahren gegen Metropoliten und Entscheidungen lokaler Regierungen zur Abschaffung der Kirche Rechte religiöser Organisationen der UOC auf Grundstücke, über Sanktionen gegen die bischöfliche Ukrainisch-Orthodoxe Kirche, umgekehrte Rückgabe (Enteignung) historischer Gebäude, Tempel und Klöster durch die Kirche und vieles mehr.

Wie in der Mitteilung erwähnt, erregten die bekanntgegebenen Fakten großes Interesse beim Vorsitzenden des Parlamentsausschusses, da es in britischen Parlamentskreisen an Informationen über die Probleme der Gläubigen der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche mangelte: „Die Parteien einigten sich darauf, die weitere Arbeit fortzusetzen Wege finden, Gläubige und religiöse Organisationen der Ukrainischen Orthodoxen Kirche bei ihren Menschenrechtsaktivitäten zu unterstützen. „Unter anderem wurde beschlossen, sich in Kiew zu treffen, wo Metropolit Theodosius derzeit unter Hausarrest steht, weil er als Menschenrechtsaktivist und verfolgter Hierarch die Rechte und Freiheiten der Gläubigen der Ukrainischen Orthodoxen Kirche im internationalen Bereich verteidigt.“

Zu den Kontakten in diesem Bereich gehörten auch Vertreter der Internationalen Menschenrechtsvereinigung „Kirche gegen Fremdenfeindlichkeit und religiöse Diskriminierung“ sowie Vertreter von Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen im Vereinigten Königreich.

Die Gründung des Vereins „Kirche gegen Fremdenfeindlichkeit und religiöse Diskriminierung“ wurde am 19. Dezember 2023 bekannt **gegeben**. Ihr gehörten eine Gruppe von Hierarchen und Geistlichen verschiedener lokaler orthodoxer Kirchen sowie eine Reihe von Menschenrechtsorganisationen mit Beraterstatus bei den Vereinten Nationen an. Der Initiator der Gründung und Co-Vorsitzender dieser Menschenrechtsvereinigung war Metropolit Theodosius von Tscherkassy und Kaniv.

Ein amerikanischer Anwalt und Menschenrechtsaktivist, Robert Amsterdam, der sich dieser Tage in Kiew aufhielt, bewertete die Tatsache der Durchsuchung als bewussten Druck der Sicherheitskräfte auf den Bischof der Ukrainischen Orthodoxen Kirche und einen Menschenrechtsaktivisten, der in die Liste des Anwalts aufgenommen wurde offizielle Dokumente. Der Vorfall wurde auch dem britischen Parlamentarischen Ausschuss für internationale Religionsfreiheit gemeldet.

Der parlamentarische Ausschuss des Vereinigten Königreichs, die All-Party Parliamentary Group on International Freedom of Religion or Belief, wurde gegründet, um das Bewusstsein und das Profil der internationalen Religions- und Glaubensfreiheit als Menschenrecht bei Parlamentariern, Medien, Regierung und der allgemeinen britischen Öffentlichkeit zu schärfen. und um die Wirksamkeit und das Bewusstsein für den Beitrag des Vereinigten Königreichs zu internationalen Institutionen zu verbessern, die die Achtung dieses Menschenrechts gewährleisten sollen.